

**Der Grosse Rat  
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil  
du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 20. März 2017

## Staatskanzlei

### **5      2016.RRGR.882      Motion 181-2016 Vanoni (Zollikofen, Grüne)**

#### **Der Hauptstadtdregion Bern das Politforum Käfigturm erhalten: Auch der Kanton hilft mit! Richtlinienmotion**

Vorstoss-Nr.: 181-2016  
Vorstossart: Motion  
Eingereicht am: 12.09.2016  
Eingereicht von: Vanoni (Zollikofen, Grüne) (Sprecher/in)  
Wüthrich (Huttwil, SP)  
Kohler (Spiegel b. Bern, FDP)  
Kohli (Bern, BDP)  
Streit-Stettler (Bern, EVP)  
Grimm (Burgdorf, glp)  
Beutler (Gwatt, EDU)  
Rufener (Langenthal, SVP)  
Weitere Unterschriften: 13  
RRB-Nr.: 61/2017 vom 25. Januar 2017  
Direktion: Staatskanzlei

#### **Der Hauptstadtdregion Bern das Politforum Käfigturm erhalten: Auch der Kanton hilft mit!**

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. eine Beteiligung des Kantons Bern an der geplanten neuen Trägerschaft für den Weiterbetrieb des Politforums Käfigturm in der Bundesstadt in die Wege zu leiten und die laufenden Bemühungen der Stadt Bern, der Burgergemeinde Bern und kirchlicher Kreise zur Gründung einer Stiftung zu unterstützen
2. eine angemessene finanzielle Unterstützung des Betriebs dieser einmaligen Institution im kantonseigenen Käfigturm ab dem Jahr 2018 vorzusehen (z. B. in Form eines Mietzins-Erlasses und/oder eines jährlichen Betriebsbeitrags)
3. den Einbezug der Zivilgesellschaft in die Trägerschaft und den Betrieb des Politforums Käfigturm zu fördern (insbesondere in ideeller Form, z. B. durch ein Patronatskomitee von interessierten Organisationen und Einzelpersonen oder eine Vertretung in einem Beirat)

Begründung:

Einstimmig hat der Grosse Rat des Kantons Bern am 14. März 2016 mit der Überweisung der aus allen Fraktionen mitunterzeichneten und dringlich behandelten Motion 015-2016 den Regierungsrat beauftragt, sich im eidgenössischen Vernehmlassungsverfahren für die Weiterführung des Politforums des Bundes auszusprechen. Schon vor dem Grossratsentscheid hatte der Regierungsrat in seiner Antwort zur Motion das Politforum als «wichtiges Aushängeschild des Politzentrums Bern und der Hauptstadtdregion Schweiz» bezeichnet, seine Bedeutung für die politische Bildung und Wissensvermittlung anerkannt und sich gegen die Schliessung des einmaligen Informations-, Ausstellungs- und Veranstaltungszentrums ausgesprochen.

Zusammen mit dem Regierungsrat und dem Grossen Rat des Kantons Bern haben sich in der Folge die Stadt Bern, die Hauptstadtdregion und mehr als 30 weitere Organisationen gegen die Schliessung des Politforums ausgesprochen. Rund 5000 Bürgerinnen und Bürger haben in kurzer Zeit eine entsprechende Petition unterschrieben. Der Bundesrat hat sich in der Folge bereiterklärt, den Betrieb des Politforums ein Jahr länger als angekündigt, nämlich bis Ende 2017, sicherzustellen, um Zeit zu geben für die Sicherung der künftigen Finanzierung und den Aufbau einer entsprechenden Trägerschaft.

Mittlerweile arbeiten die Stadt Bern, die Burgergemeinde Bern und weitere Kreise an der Gründung

einer Stiftung, die – möglichst unter Einbezug des Kantons Bern – das Politforum künftig tragen soll. Im eidgenössischen Parlament haben der Berner Ständerat Hans Stöckli und Nationalrat Kurt Fluri aus dem Hauptstadtreionskanton Solothurn zwei Vorstösse deponiert, die am 25.8. bzw. 1.9.2016 von den Staatspolitischen Kommissionen des Ständerats und des Nationalrats als Kommissionsmotionen<sup>1</sup> unterstützt worden sind. Sie fordern den Bundesrat auf, sich ab 2018 mittels eines Leistungsvertrags an den künftigen Betriebskosten des Politforums Käfigturm zu beteiligen und dafür jährlich 400 000 Franken bereitzustellen. Mit diesem Bundesbeitrag und jährlichen Beiträgen von je 150 000 Franken der erwähnten Stiftungspartner wäre die Finanzierung des Politforums künftig sichergestellt.

Um die Bemühungen auf Bundesebene wie auch innerhalb der Hauptstadtregion zu unterstützen, sind Regierungsrat und Parlament des Kantons Bern jetzt aufgefordert, der sich bildenden Trägerschaft möglichst rasch grundsätzliche Unterstützung zuzusichern. Unser Kanton trägt als Besitzer und Vermieter der Räumlichkeiten im Käfigturm eine besondere Verantwortung für die Zukunftssicherung des Politforums und die dafür in den letzten 15 Jahren vornehmlich mit Steuergeldern getätigten Investitionen. Mit einem Erlass von Mietkosten und/oder einem bescheidenen finanziellen Beitrag kann der Kanton entscheidend zum Gelingen der laufenden Rettungsbemühungen beitragen. Eine Beteiligung des Kantons an der neuen Trägerschaft wie auch an der künftigen Finanzierung könnte auch das Anliegen von Ziffer 3a der eingangs erwähnten Motion 015-2016 unterstützen, die vom Grossen Rat im Einvernehmen mit dem Regierungsrat als Postulat überwiesen worden ist: Mit dieser Ziffer 3a war angeregt worden, im Politforum

Käfigturm künftig «neben der politischen Bildung und Information in Bundesangelegenheiten auch die politischen Institutionen des Hauptstadtkantons Bern zur Geltung» zu bringen.

Indem der Kanton Bern die Bemühungen um die Zukunftssicherung des Politforums Käfigturm unterstützt, hilft er auch mit, Lehren aus dem im Juni veröffentlichten, vom Bundesparlament verlangten Bericht des Bundesrates über den «Staatskundeunterricht auf Sekundarstufe II» zu ziehen.<sup>2</sup> Die diesem Bericht zugrunde liegende Studie des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bern hat u. a. aufgrund einer Befragung von Staatskundelehrpersonen an Gymnasien und Berufsschulen ergeben, dass «sich die Behörden nicht oder zu wenig für die politische Bildung interessieren» und dass der «politische Wille zur Stärkung der politischen Bildung» beschränkt ist.

Vor allem hat die Studie gezeigt, dass sich der Staatskundeunterricht zu stark auf blosser Wissensvermittlung beschränkt und andere «wichtige Elemente einer zielführenden Bildung» nur «spärlich» zur Geltung kommen. So mangelt es insbesondere an Strategien, um «das politische Interesse zu wecken oder demokratisch-partizipative Praktiken im Schulunterricht einzuüben». Im Politforum Käfigturm, das schon bisher von jährlich mehreren hundert Schulklassen besucht worden ist, könnte diesem Mangel verstärkt entgegengewirkt werden. Der aktivierende und partizipative Charakter des Politforums könnte auch durch den Einbezug der Zivilgesellschaft in die künftige Trägerschaft gestärkt werden.

### Antwort des Regierungsrats

Bei der vorliegenden Motion handelt es sich um eine Motion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates (Richtlinienmotion). Der Regierungsrat hat bei der Richtlinienmotion einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grades der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt beim Regierungsrat.

Punkt 1:

Der Regierungsrat hat sich am 21. September 2016 in einem Schreiben an den Gemeinderat der Stadt Bern bereit erklärt, einen Kostenanteil in der Grössenordnung von jährlich 150 000 Franken zu übernehmen, damit das Politforum Käfigturm erhalten werden kann. Dies allerdings unter der Bedingung, dass sowohl die eidgenössischen Räte den Bundesbeitrag von jährlich rund 400 000 Franken genehmigen als auch die weiteren Beteiligten einen entsprechenden Kostenanteil tragen werden.<sup>3</sup> Das Interesse des Kantons Bern an einer Weiterführung des Politforums Käfigturm wurde

<sup>1</sup> Motion SPK-NR, siehe: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163633>

Motion SPK-SR, siehe: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163627>

<sup>2</sup> Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe II – Eine Bilanz. Bericht in Erfüllung des Postulats 13.3751 Josiane Aubert / Expertenbericht der Universität Bern Politische Bildung auf der Sekundarstufe II – eine Bilanz, siehe: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-62436.html>

<sup>3</sup> RRB 1058/2016, vgl. Kurzinformation aus dem Regierungsrat vom 22.9.2016.

gegenüber der Berner Deputation in den eidgenössischen Räten mehrmals kommuniziert, dies auch in einem gemeinsamen Schreiben mit der Stadt Bern und der Burgergemeinde Bern. Auch die Hauptstadtregion Schweiz hat gegenüber den National- und Ständeratsmitgliedern der Region eine Beteiligung des Bundes an der neuen Trägerschaft des Politforums Käfigturm unterstützt. Punkt 1 der Motion ist somit bereits erfüllt. Der Regierungsrat beantragt daher dem Grossen Rat, Punkt 1 der Motion als Postulat anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben.

Punkt 2 und 3:

Was die in Punkt 2 der Motion geforderte «angemessene finanzielle Unterstützung des Betriebs dieser einmaligen Institution im kantonseigenen Käfigturm ab dem Jahr 2018» anbelangt, gilt es festzuhalten, dass der Stadtrat von Bern und der Grosse Burgerrat der Burgergemeinde Bern am 1. bzw. 12. Dezember 2016 je einen Kredit von 600 000 Franken für die Jahre 2018–2021 genehmigt haben. Dies geschah zusätzlich zur schriftlichen Willensbekundung des Kantons gegenüber der Stadt Bern, sich an den Kosten für den Weiterbetrieb zu beteiligen. Kanton, Stadt und Burgergemeinde sagten unter der Bedingung zu, dass sich der Bund und allenfalls weitere Institutionen an der Trägerschaft der Stiftung beteiligen, die ab 2018 vorgesehen ist.

Mit dem Nein der eidgenössischen Räte vom 14. Dezember 2016 zu einer finanziellen Beteiligung des Bundes an der zu gründenden Stiftung zur Weiterführung des Politforums Käfigturm hat sich eine neue Ausgangslage ergeben. Alle bisher in der Rettung des Käfigturms beteiligten Parteien – Kanton, Stadt und Burgergemeinde – haben ihre finanzielle Unterstützung unter dem Vorbehalt zugesichert, dass sich auch der Bund am Politforum Käfigturm beteiligt.

Der Mietvertrag des Bundes für den Käfigturm läuft bis zum 30. September 2021. Da der zuständige Departementsvorsteher des Bundes nach dem Nein der eidgenössischen Räte in Aussicht gestellt hat, den Käfigturm bis 2021 einer allfälligen Nachfolgeorganisation ohne Mietzins zur Verfügung zu stellen, erhalten Kanton, Stadt und Burgergemeinde die Möglichkeit, eine längerfristige und tragfähige Lösung für den Weiterbetrieb des Politforums zu erarbeiten. Der Regierungsrat ist bereit, eine Zwischenlösung bis ins Jahr 2021 im Maximalumfang der für die ursprünglich geplante Verbundlösung in Aussicht gestellten Summe mitzufinanzieren, sofern sich Stadt und Burgergemeinde daran beteiligen und der Bund den Mietzins für die Lokaltäten trägt. Parallel wäre er bereit, eine längerfristige Lösung zu suchen und sich bei einer breiten Abstützung allenfalls an der Weiterfinanzierung zu beteiligen. Es ist geplant, das Projekt – wie vom Motionär in Punkt 3 gefordert – unter Einbezug der Zivilgesellschaft zu erarbeiten, um auch eine Mitfinanzierung des Politforums über Dritte zu prüfen.

Auch für eine längerfristige Lösung kommt für den Regierungsrat höchstens eine Beteiligung des Kantons in der Grössenordnung von jährlich 150 000 Franken in Frage, wie er sie bereits im September 2016 unter gewissen Voraussetzungen zugesichert hatte. In welcher Form diese Unterstützung geleistet würde, kann vorerst nicht festgelegt werden, da noch zu viele Fragen offen sind. Aufgrund der vielen Unsicherheiten beantragt der Regierungsrat, die Punkte 2 und 3 der Motion als Postulat anzunehmen.

Der Regierungsrat beantragt:

Punktweise beschlossen

Ziffer 1: Annahme als Postulat und gleichzeitige Abschreibung

Ziffer 2: Annahme als Postulat

Ziffer 3: Annahme als Postulat

**Präsident.** Beim nächsten Geschäft, Traktandum 5, handelt es sich um eine Richtlinienmotion, nicht um eine parlamentarische Initiative. Daher führen wir eine reduzierte Debatte, und auch der Motionär hat nur zwei Minuten Redezeit zur Verfügung.

**Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne).** Ziemlich genau vor einem Jahr haben wir mit 145 Stimmen ohne Gegenstimmen einer Motion zugestimmt, deren Ziel es war, das Politforum Käfigturm als einmaliges politisches Informations-, Ausstellungs- und Versammlungszentrum zu erhalten. Leider hat dieses einstimmige Signal den Bund nicht davon abgehalten, aus der Trägerschaft und der Finanzierung aussteigen zu wollen. Aber immerhin haben die Motion und auch andere Diskussionen dazu geführt, dass der Bund Zeit zur Bildung einer neuen Trägerschaft gewährte. Und genau da setzt nun diese neue Motion an, die von Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen hier im Rat mitgetragen wird.

Der Regierungsrat ist bereit, diese Motion als Postulat entgegenzunehmen. Er ist insbesondere bereit, einen angemessenen finanziellen Beitrag zur Erhaltung des Politforums zu leisten. Wir aner-

kennen, dass der Regierungsrat damit im Vergleich zur ersten Politforum-Motion einen grossen Schritt gemacht hat. Wir möchten auch danken für die bereits unternommenen Bemühungen für den Aufbau einer neuen Trägerschaft. Da ist vor allem auch die Stadt beteiligt. Von Stadtseite steht in Aussicht, dass sie ihren finanziellen Einsatz in den nächsten vier Jahren gegenüber den ursprünglichen Absichten sogar verdoppeln will. Es gibt also guten Grund zur Hoffnung, dass die Rettung des Politforums auf guten Wegen ist. Aus dieser Sicht könnte man eigentlich mit den Anträgen des Regierungsrats zufrieden sein. Aber: Ein Postulat ist gut, eine Motion ist besser. Denn die Trägerschaft ist noch nicht gegründet. Die Bemühungen, die in Gange sind, verdienen ein starkes Zeichen der Unterstützung, einen klaren Auftrag an den Regierungsrat. Und es geht eigentlich auch um einen klaren Wink an die Adresse des Bundes, dass er sich nicht aus der Verantwortung stehlen sollte. Ich werde aber gerne der Diskussion zuhören und am Ende entscheiden, ob wir wandeln oder an der Motion festhalten wollen.

**Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp).** Die Beratung dieses Geschäfts in der glp-Fraktion war fast ein wenig wie die Schlüsselstelle in «Fiddler on the Roof», in der Tevye im Selbstgespräch herauszufinden versucht, ob er seiner Tochter das Heiraten erlauben soll. Er beginnt dort beinahe jeden Satz mit «Einerseits» oder «Andererseits». Einerseits ist das Politforum sicher eine gute Institution. Andererseits nimmt die Bekanntheit dieses Forums fast im Quadrat ab, je weiter weg jemand von Bern zu Hause ist. Einerseits ist der Betrag, um den es geht, nicht gross. Andererseits muss man sich halt schon fragen, ob man etwas unterstützen will, wenn man gleichzeitig Sparpakete schnürt. Einerseits ist dieser Betrag für das Forum zwar existenziell. Andererseits würde unser Staatswesen wohl nicht gerade untergehen, wenn es dieses Forum nicht mehr gäbe. Einerseits handelt es sich hier also um etwas, das «nice to have», andererseits aber kein «must have» ist. Einerseits wäre es schön, wenn wir hier einmal eine einheitliche Meinung vertreten könnten, sodass wir auch einmal als stromlinienförmige Partei in der Zeitung erscheinen würden. Andererseits ist dieses Geschäft für uns zu wenig strategisch, als dass wir hier mehr Zeit aufwenden möchten. Die glp-Fraktion hat deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

**Adrian Wüthrich, Huttwil (SP).** In der SP herrscht auch nicht immer Einstimmigkeit, obwohl man dies zumindest in Deutschland manchmal meinen könnte, wie wir am Wochenende sehen konnten. Zum Geschäft. Die Motionsantwort der Regierung finden wir sehr gut. Wir danken der Regierung für die Offenheit, das Engagement, und alles, was bereits durch Regierungsrat und Kantonsverwaltung für die Rettung des Käfigturm Forums unternommen wurde. Das finden wir sehr gut, und dafür danken wir. Wir stellen fest, dass der Bund offenbar bereit ist, bis am 30. September 2021 den Mietzins weiterhin zu bezahlen, und er eine Nachfolgeträgerschaft unterstützen möchte. Dies erlaubt es uns nun – Bund, Stadt und allen anderen interessierten Trägerschaftsorganisationen –, dabei mitzuhelfen, dem Käfigturm Forum eine Zukunft zu ermöglichen. Deshalb unterstützen wir alle drei Punkte als Motion. Der Regierungsrat schlägt vor, den Vorstoss als Postulat anzunehmen und Punkt 1 abzuschreiben. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion ist der Meinung, man könnte alle drei Punkte als Motion überweisen. Es käme wahrscheinlich auf dasselbe hinaus, sofern das, was der Regierungsrat in der Antwort schreibt, auch wirklich stimmt.

Noch ein Vergleich: Ich habe vorhin bereits Deutschland angesprochen. In Freiburg in Deutschland habe ich die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg gesehen. Dort wird unter dem Motto «Politik lernen – Demokratie leben» auch eine Zentrale unterhalten, mit der man versucht, die politische Bildung innerhalb der Gesellschaft zu fördern. Ich glaube, in der Stadt Bern als Bundeshauptstadt hat das Politforum Käfigturm wirklich eine Daseinsberechtigung um genau in diese Richtung zu stossen: Politik lernen – Demokratie leben. Es ist eine einmalige Institution, auch wenn sie nicht im ganzen Kantonsgebiet so bekannt ist, wie sie es eigentlich sein sollte. Deshalb wird die SP-JUSO-PSA-Fraktion alle drei Punkte als Motion unterstützen.

**Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP).** Ich kann es kurz machen: Die EVP-Fraktion unterstützt das Anliegen. Dies vor allem, wenn wir sehen, wer sich alles am Politforum beteiligen will und wie sehr sich die Stadt Bern ins Zeug gelegt hat, um die verschiedenen Finanzträger zusammenzubringen. Tendenziell wird die EVP der Regierung folgen, weil sie der Meinung ist, dass zwischen Richtlinienmotion und Postulat kein grosser Unterschied besteht.

**Ueli Augstburger, Gerzensee (SVP).** Der Motionär hat es gesagt: Bereits vor einem Jahr haben wir über einen entsprechenden Vorstoss befunden und ihn mit 145 Stimmen ohne Gegenstimmen

bei einer Enthaltung angenommen. Das taten wir aber auch nur deshalb, weil dessen Ziffer 3 Buchstabe b zurückgezogen wurde, in dem es darum ging, den Mietzins erlass ebenfalls in diesen Vorstoss hineinzupacken. Die Regierung hat damals ebenfalls so votiert, dass dieser Mietzins erlass für sie nicht tragbar sei und deshalb abgelehnt werden müsse. Es ist daher etwas seltsam, dass die Regierung entgegen ihrer Haltung, die sie damals im März beim Entscheid, beziehungsweise in der Beantwortung des Vorstosses, ausdrückte, nur sechs Monate später einem Beitrag zustimmte, der ziemlich exakt in der Höhe dieses jährlichen Mietzinses liegt. Dies zwar in Abhängigkeit davon, dass sich der Bund in Zukunft ebenfalls beteiligt. Wir haben zudem gehört, dass sich der Bund nicht mehr an den Betriebskosten beteiligen, sondern nur noch den Mietzins tragen wird; so lange, wie dies vertraglich festgelegt ist. Die SVP ist nicht gegen eine Vermittlungsfunktion der Regierung im Zusammenhang mit der Trägerschaftsfindung für das Politforum Käfigturm. Sie wehrt sich aber, finanzielle Verpflichtungen aufzunehmen, die eigentlich Bundessache sind und notabene im Bereich von Wunschbedarf liegen. Kollege Zaugg hat auch etwas in dieser Richtung angetönt. Wir stimmen dem Vorstoss grossmehrheitlich zu, wie von der Regierung vorgeschlagen. Aber alle weitergehenden Forderungen in Motionsform lehnen wir klar ab.

**Vania Kohli, Bern (BDP).** Es geht hier um eine Zwischenlösung oder Zwischennutzung des Politforums Käfigturm, und zwar auf dem Weg zu einer definitiven Lösungsfindung. Die BDP-Fraktion findet die Institution Politforum unterstützenswert, und dies für den ganzen Kanton Bern. Die Phase, die nun bevorsteht, dient der Findung einer Trägerschaft und einer nachhaltigen Finanzierung, und dies ist wichtig. Die BDP-Fraktion unterstützt aus diesem Grund den Vorstoss als Motion, würde ihn aber selbstverständlich auch als Postulat unterstützen, sollte er gewandelt werden.

**Hans-Rudolf Saxer, Gümligen (FDP).** Die klare Mehrheit der FDP-Fraktion unterstützt eine angemessene finanzielle Beteiligung des Kantons Bern am Politforum Käfigturm. Dies insbesondere in Würdigung der Tatsache, dass Bern bekanntlich das politische Zentrum der gesamten Schweiz ist. Aus dieser Sicht sehen wir eine klare Verpflichtung, dass sich der Kanton partnerschaftlich mit der Stadt Bern und der Burgergemeinde Bern an dieser Institution angemessen beteiligt. Wir haben deshalb mehrheitlich beschlossen, den Vorstoss sowohl als Postulat wie auch als Motion zu unterstützen.

**Christoph Auer, Staatsschreiber.** Ich kann mit Genugtuung feststellen, dass der Vorstoss grossmehrheitlich unterstützt wird. Der Grosse Rat teilt mehrheitlich die Haltung des Regierungsrats, wonach dieses Politforum eine wichtige und gute Sache ist, und man einen Weg finden muss, um sie erhalten zu können.

Ich möchte noch etwas zum Votum von Grossrat Ueli Augstburger sagen. Er hat darauf hingewiesen, der Regierungsrat sei da etwas Slalom gefahren, denn er hatte ursprünglich eine Beteiligung abgelehnt, kurz darauf aber 150 000 Franken in Aussicht gestellt. In der Tat hat dieses Geschäft sich im Laufe der Zeit ja entwickelt. Als der Bundesrat erstmals seine Sparvorschläge im Stabilisierungsprogramm vorgeschlagen hatte, war es die klare Meinung der Regierung und auch des Parlaments, es könne nicht angehen, dass der Bund auf Kosten von Kanton und Gemeinden spart, sich einfach aus der Verantwortung nimmt und alles Weitere dem Kanton und den Gemeinden überlässt. Deshalb war man damals auch ganz klar nicht bereit, den Mietzins zu erlassen. Die Entscheidungsfindung beim Bund hat sich dann entwickelt, und es sah eine Weile lang gut aus, weil auch die parlamentarischen Kommissionen des Bundesrats diese Beteiligung des Bundes unterstützten. Dabei merkte man aber, dass es nur funktionieren wird, wenn der Kanton ein Zeichen setzt und sagt, er beteilige sich ebenfalls. Ansonsten würde die Bundesbeteiligung bachab gehen. Deshalb hat der Kanton seine Haltung dann gewechselt. Die Regierung sagte, sie könne sich vorstellen, sich mit einem jährlichen Betrag in der Grössenordnung von 150 000 Franken zu beteiligen, wenn der Bund den grösseren Teil, die 400 000 Franken, übernehme. Das war der Grund für diesen Meinungsumschwung; er fand statt, um das Ganze zu retten und den Bund an Bord zu behalten. Leider ist dies nicht gelungen. Sie kennen die Geschichte. Das Bundesparlament hat beschlossen, das Politforum nicht weiter zu betreiben, und der Bund wird somit definitiv aussteigen.

Wir suchen jetzt eine Anschlusslösung und sind mit der Stadt Bern und der Burgergemeinde im Gespräch über eine Verbundlösung. Der Regierungsrat beantragt Ihnen deshalb lediglich Annahme als Postulat, weil im Moment noch einiges unklar ist. Zudem galt für den Regierungsrat immer die Voraussetzung, der Kanton sollte nur dann mitmachen, wenn es wirklich eine tragfähige Lösung gibt, die auch auf längere Sicht gesichert ist. Das ist eigentlich Bedingung, damit wir mitmachen.

Und in dieser Hinsicht muss noch einiges geprüft werden. Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat die Überweisung nur als Postulat. Ich gebe aber der Vorrednerin der EVP Recht, dass der Unterschied zwischen Richtlinienmotion und Postulat nicht riesengross ist. Insofern könnte der Regierungsrat auch mit einer Überweisung als Richtlinienmotion leben.

**Präsident.** Herr Grossrat Vanoni, möchten Sie den Vorstoss wandeln? – Das ist der Fall, dann dürfen Sie sich noch einmal äussern.

**Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne).** Ich habe versucht auszurechnen, wie die Fraktionen die einerseits, andererseits, mit Stimmenthaltung, tendenziell für oder gegen etwas sind, denn wohl stimmen werden. Ich bin zum Schluss gekommen, dass ich das Risiko nicht eingehen möchte, dass eine Motion hier keine Mehrheit findet. Deshalb bin ich – hoffentlich auch im Namen der sieben Miturheberinnen und Miturheber des Vorstosses – bereit, in ein Postulat zu wandeln und dem Antrag der Regierung zu folgen.

**Präsident.** Heisst dies, Sie sind auch einverstanden mit der von der Regierung beantragten Abschreibung?

**Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne).** Ja.

**Präsident.** Ich wiederhole, was die Regierung beantragt: Ziffern 1 bis 3 Annahme als Postulat und Abschreibung von Ziffer 1. Möchte jemand ziffernweise abstimmen, und ist die Abschreibung von Ziffer 1 bestritten? – Das ist nicht der Fall, demnach führe ich nur eine Abstimmung durch. Wir befinden in einer Abstimmung über den Antrag der Regierung. Wer diesem folgen will, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Antrag Regierung; Ziff. 1–3 Annahme als Postulat, Ziff. 1 Abschreibung)

---

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme gemäss Antrag Regierung

|           |     |
|-----------|-----|
| Ja        | 136 |
| Nein      | 4   |
| Enthalten | 0   |

**Präsident.** Sie haben den Vorstoss gemäss Antrag der Regierung überwiesen.